



OECD-Sozialbericht ist Armutszeugnis für Deutschland

OECD-Sozialbericht ist Armutszeugnis für Deutschland
Zum heute vorgestellten OECD-Sozialbericht sagte Stefan Körzell, DGB-Vorstandsmitglied, am Donnerstag in Berlin: "Der OECD-Sozialbericht ist ein Armutszeugnis für Deutschland. In einem der wohlhabendsten Länder der Welt ist die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen größer, als in vielen anderen Industriestaaten - dagegen brauchen wir mehr Verteilungsgerechtigkeit. Die stetig zunehmende Ungleichheit ist nicht nur eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sie schadet auch der ökonomischen Entwicklung. Die Politik muss umsteuern und die Missstände endlich beheben. Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes wurde immerhin ein Anfang gemacht. Darüber hinaus brauchen wir ein gerechtes Steuersystem, um Reiche und Vermögende stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen. Dringend notwendig sind mehr Investitionen in Bildung und Qualifizierung, um die Perspektiven einer Vielzahl der Beschäftigten entscheidend zu verbessern. Sozial- und Erziehungsberufe müssen endlich aufgewertet werden, gerade Beschäftigte in diesen Bereichen leiden unter Niedriglöhnen und prekären Arbeitsverhältnissen."
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Deutschland
Telefon: 0049/30/24060-0
Telefax: 0049/30/24060-324
Mail: info.bvv@dgb.de
URL: <http://www.dgb.de/> 

Pressekontakt

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

10178 Berlin

dgb.de/
info.bvv@dgb.de

Firmenkontakt

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

10178 Berlin

dgb.de/
info.bvv@dgb.de

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) steht für eine solidarische Gesellschaft. Er ist die Stimme der Gewerkschaften gegenüber den politischen Entscheidungsträgern, Parteien und Verbänden in Bund, Ländern und Gemeinden. Er koordiniert die gewerkschaftlichen Aktivitäten. Als Dachverband schließt er keine Tarifverträge ab. Er arbeitet auf internationaler Ebene im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) mit und vertritt die deutsche Gewerkschaftsbewegung bei internationalen Institutionen wie der EU und der UNO. Seit seiner Gründung 1949 ist er dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet. Er ist - wie seine Mitgliedsgewerkschaften - pluralistisch und unabhängig, aber keineswegs politisch neutral. Er bezieht Position im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Mitgliedsgewerkschaften des DGB handeln mit den Arbeitgebern Tarifverträge, u.a. zu Einkommen, Arbeitszeiten, Urlaub aus. Im Falle eines Arbeitskampfes organisieren sie den Streik und zahlen den Mitgliedern Streikunterstützung. Sie helfen bei der Gründung von Betriebsräten, unterstützen die Beschäftigten bei betrieblichen Konflikten und vertreten sie bei Streitigkeiten mit ihrem Arbeitgeber. Gewerkschaftsmitglieder genießen kostenlosen Rechtsschutz.